

Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland: starke Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Schulze-Buschoff, Karin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulze-Buschoff, K. (1995). Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland: starke Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 14, 11-14. <https://doi.org/10.15464/isi.14.1995.11-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland: Starke Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit

In Westdeutschland ist die Debatte um Arbeitszeitgestaltung in den letzten Jahren intensiv geführt worden. Die Kritik an dem sogenannten „Normalarbeitsverhältnis“ als beschäftigungspolitischem Maßstab und als Bezugspunkt sozialstaatlicher Absicherungen ist dabei immer lauter geworden. Untersuchungen über Arbeitszeitpräferenzen in Westdeutschland belegen, daß die dem Normalarbeitsverhältnis zugrundeliegenden Normalitätsannahmen häufig nicht mit den subjektiven Interessenlagen und den Erwerbspräferenzen der Arbeitnehmer in Einklang stehen. Eine breite Streuung von Arbeitszeitpräferenzen spiegelt die heterogenen Interessen und Bedürfnisse der Arbeitnehmer wider, die Arbeitszeiten entsprechend individueller Lebensumstände zu variieren. Detaillierte Kenntnisse über Arbeitszeitpräferenzen und ihre Motive und Hintergründe können die Debatte um Arbeitszeitregelungen um grundlegende Daten zur Entwicklung bedürfnisgerechterer Arbeitszeitperspektiven bereichern.

Die Diskussion um Arbeitszeitgestaltung bezieht sich zumeist auf westdeutsche Verhältnisse. Sie fällt jedoch in die Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands, ohne dem Umstand grundsätzlich verschiedener Erwerbsarbeitswelten in beiden Landesteilen allzuviel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Die deutsche Wiedervereinigung hat zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Erwerbsmustern, speziell von Frauen, einem unterschiedlichen Verständnis von der Rolle der Frauen in Beruf und Familie, sowie nicht zuletzt anderen Arbeitszeitmustern zusammengeführt. Die Vermutung liegt nahe, daß die im Vergleich zu Westdeutschland andersartigen Voraussetzungen auch mit anderen Arbeitszeitvorstellungen der ostdeutschen Arbeitnehmer und vor allem der Arbeitnehmerinnen korrespondieren. Will man bedürfnisgerechtere Arbeitszeitregelungen entwik-

keln, so muß den möglichen Ost-West-Unterschieden Rechnung getragen werden.

Unterschiedliche Arbeitszeitvorstellungen in West und Ost

Im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels 1993 wurden Erwerbstätige in West- und Ostdeutschland nach ihrer präferierten Wochenarbeitszeit befragt, wobei sie berücksichtigen sollten, daß sich ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändert.

30% der Erwerbstätigen in Westdeutschland wünschen sich unter Berücksichtigung entsprechender Einkommenseinbußen einen Teilzeitarbeitsplatz mit einer Wochenarbeitszeit von bis zu 34 Stunden. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern eklatant: 55%

der Frauen, aber nur 12% der Männer wünschen sich diese Arbeitszeit. Am häufigsten wird ein Teilzeitwunsch von 26- bis 45jährigen Arbeitnehmerinnen geäußert. Im Gegensatz zum Interesse an Teilzeit entspricht eine Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden den Wunschvorstellungen jedes zweiten Mannes, aber nur jeder sechsten Frau in Westdeutschland.

Von den Erwerbstätigen in Ostdeutschland präferieren 20% einen Teilzeitarbeitsplatz mit einer Arbeitszeit bis zu 34 Stunden wöchentlich. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern groß: 33% der Frauen, aber nur 8% der Männer äußern den Wunsch nach Teilzeitarbeit. Der Anteil an Teilzeinteressierten unterscheidet sich in den einzelnen Altersgruppen der ostdeutschen Bevölkerung kaum voneinander.

Ein wesentlicher Unterschied besteht in den Arbeitszeitvorstellungen von Frauen aus West- und Ostdeutschland. Während Frauen in Westdeutschland mehrheitlich Teilzeitarbeitsplätze präferieren, überwiegt bei Frauen in Ostdeutschland das Interesse an Vollzeitarbeitsplätzen mit Arbeitszeiten von 35 und mehr Stunden pro Woche. Vier von zehn Frauen in Ostdeutschland wollen sogar zwischen 40 und 44 Stunden pro Woche arbeiten, von den westdeutschen Frauen dagegen nur eine von zehn. Ostdeutsche Männer sind ähnlich zurückhaltend gegenüber der Teilzeitarbeit wie westdeutsche Männer und orientieren sich an Vollzeitarbeitsmustern. Die Arbeitszeitwünsche ostdeutscher Männer bündeln sich jedoch häufiger in einem höheren Stundenbereich: sechs von zehn Männern in Ostdeutschland möchten zwischen 40 und 44 Stunden arbeiten, aber nur vier von zehn Männern in Westdeutschland. Arbeitszeiten über 44 Stunden wöchentlich sind für Arbeitnehmer in beiden Landesteilen nur wenig attraktiv.

Arbeitszeitpräferenzen von Erwerbstätigen

Arbeitszeitpräferenzen	West			Ost		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
< 20 Std.	8	2	16	4	3	4
20-34 Std.	22	10	39	16	5	29
35-39 Std.	34	38	29	20	18	21
40-44 Std.	27	38	14	50	59	40
+ 45 Std.	8	13	2	11	16	5

Angabe in Spaltenprozenten
Datenbasis: SOEP 1993

Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung überwiegt in Ost und West

Erhebliche Unterschiede zwischen den Arbeitszeiten ost- und westdeutscher Arbeitnehmer schlagen sich im alltäglichen Zeitbudget nieder. Die vereinbarte Wochenarbeitszeit ist bei ostdeutschen Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmern um ca. zwei Stunden höher als bei westdeutschen, die faktisch geleistete Wochenarbeitszeit sogar um ca. drei Stunden. So geben z.B. Vollzeit erwerbstätige Männer in Ostdeutschland durchschnittlich 47 Stunden

als faktisch geleistete Wochenarbeitszeit an, Männer in Westdeutschland dagegen 44 Stunden. Im Vergleich zur faktisch geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit ist die gewünschte Arbeitszeit bei Vollzeit erwerbstätigen Männern in Ostdeutsch-

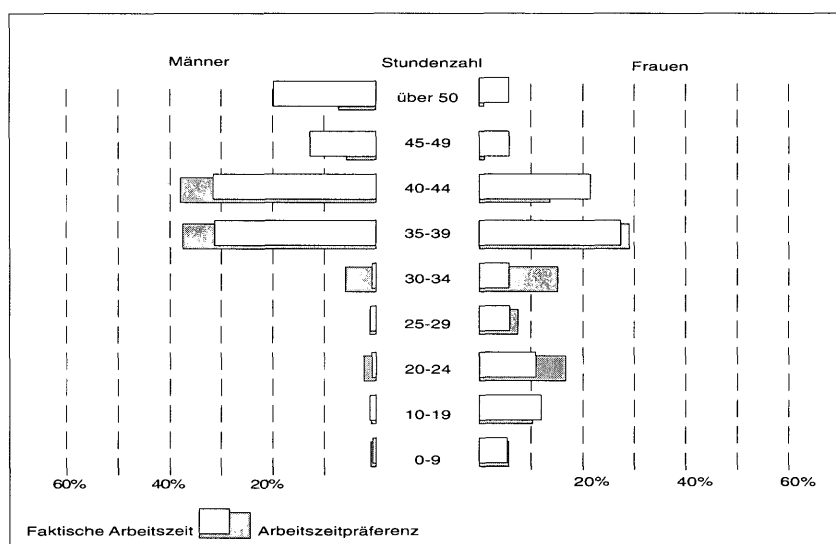
land im Durchschnitt um sieben Stunden und bei Männern im Westdeutschland um fünf Stunden kürzer. Oder, aus einer anderen Perspektive betrachtet: jeder zweite Mann in Ostdeutschland und jeder dritte Mann in Westdeutschland gibt 45

Stunden und mehr als faktisch geleistete wöchentliche Arbeitszeit an, aber nur jeweils jeder achte in beiden Landesteilen wünscht sich diese Arbeitszeit.

Wird die Diskrepanz zwischen gewünschten und geleisteten Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten betrachtet, so sind zwei Gruppen zu unterscheiden: bei Beschäftigten mit einer Stundenzahl von 20 bis 34 Stunden stimmen Wunsch und Wirklichkeit weitgehend überein, bei Beschäftigten mit einer Wochenarbeitszeit unter 20 Stunden besteht in Ost wie in West ein erheblicher Bedarf an einer Ausdehnung der Wochenarbeitszeit.

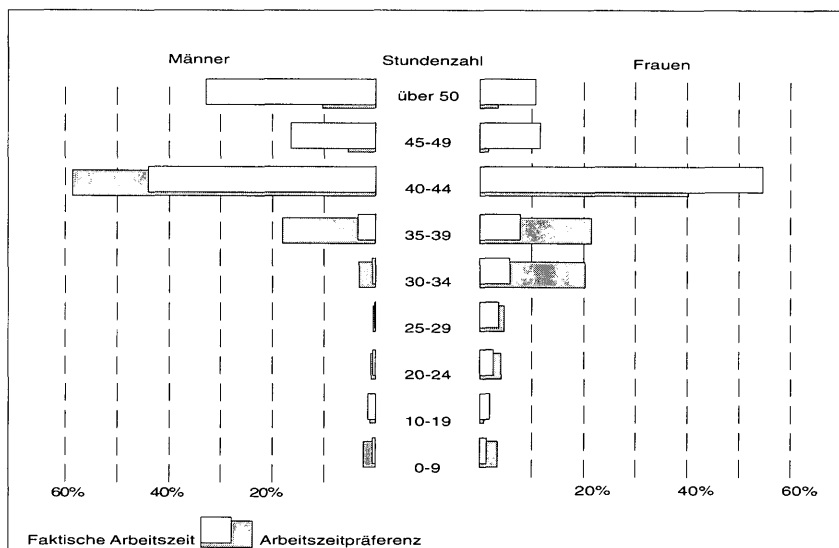
In der Gesamtrechnung überwiegt gegenüber dem Bedarf an einer Ausdehnung der Arbeitszeiten eindeutig der Bedarf an Arbeitszeitverkürzungen. 48% der westdeutschen und 57% der ostdeutschen Arbeitnehmer wünschen sich eine Verkürzung der Arbeitszeiten um mindestens drei Stunden. Eine Ausdehnung der Arbeitszeiten um mindestens drei Stunden wünschen sich nur 9% der westdeutschen und 8% der ostdeutschen Arbeitnehmer. Eine Übereinstimmung zwischen Arbeitszeitwunsch und Arbeitszeitrealität ist mit einem Anteil von 46% noch am häufigsten bei westdeutschen Frauen gegeben, am wenigsten häufig dagegen bei ostdeutschen Männern. Bei nur jedem dritten ostdeutschen Mann stimmen Arbeitszeit und Arbeitszeitwunsch überein, wobei drei von fünf lieber weniger arbeiten würden.

Faktische und präferierte Arbeitszeit in Westdeutschland



Datenbasis: SOEP 1993

Faktische und präferierte Arbeitszeit in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP 1993

Teilzeitarbeit - größere Verbreitung und stärkeres Interesse in Westdeutschland

Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sind nicht nur in den Wunschvorstellungen, sondern auch in der realen Arbeitswelt in Ost- wie in Westdeutschland eine Domäne der Frauen. In Ostdeutschland sind sie jedoch weniger verbreitet. Nimmt man keine festgeschriebene Stundenzahl, sondern die Selbsteinschätzung von erwerbstätigen Frauen zur Grundlage, so geben mit einem Anteil von 40% Frauen in Westdeutschland mehr als doppelt so häufig an, Teilzeit erwerbstätig zu sein wie Frauen in Ostdeutschland mit einem Anteil von 15%. Die Teilzeitverhältnisse unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihres zeitlichen Umfanges in Ost- und Westdeutschland beträchtlich. Ostdeutsche Arbeitnehmerinnen, die angeben, Teilzeit zu arbeiten, arbeiten im Durch-

schnitt 28 Stunden, westdeutsche Arbeitnehmerinnen dagegen nur 20 Stunden wöchentlich. Bevorzugt wird von teilzeitinteressierten Frauen im Osten wie im Westen eine Wochenarbeitszeit, die den Umfang einer „Halbtagsstelle“ überschreitet. Eine Arbeitszeit im Umfang von 20 bis 34 Stunden wöchentlich wünschen sich 39% der westdeutschen Frauen, eine Arbeitszeit von bis zu 20 Stunden wöchentlich 16%. Bei den ostdeutschen Frauen konzentrieren sich die Teilzeitwünsche noch deutlicher auf die Kategorie 20 bis 34 Stunden wöchentlich, eine Arbeitszeit unter 20 Stunden präferieren lediglich 4%.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht in der Zusammensetzung der Teilzeitbeschäftigten. In der alten Bundesrepublik sind Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse zu einer typischen Form der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt geworden. Demgegenüber dominieren in den neuen Bundesländern die über 50jährigen Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten.

Mütter wollen im Westen mehrheitlich Teilzeit, im Osten Vollzeit arbeiten

Bei Frauen im Westen ist im Gegensatz zu Frauen im Osten der familienbiographische Kontext ein entscheidender Indikator für die Arbeitszeitpräferenz und für die faktischen Arbeitszeiten. Die präferierte Wochenarbeitszeit von Frauen mit Kindern unter 16 Jahren liegt in Westdeutschland bei durchschnittlich 23 Stunden wöchentlich, bei Frauen ohne Kinder im Haushalt dagegen bei 30 Stunden.

In Ostdeutschland unterscheidet sich die präferierte Wochenarbeitszeit von Frauen mit Kindern im Haushalt mit durch-

schnittlich 34 Stunden kaum von der präferierten Wochenarbeitszeit von Frauen ohne Kinder mit 35 Stunden. Auch für den Umfang der faktischen Arbeitszeiten von ostdeutschen Frauen sind Kinder im Haushalt kein entscheidendes Kriterium: sie liegen sowohl bei erwerbstätigen Frauen ohne Kinder als auch bei erwerbstätigen Frauen mit Kindern bei durchschnittlich 40 Stunden pro Woche. Anders bei erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland: die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit liegt bei Frauen ohne Kinder mit 35 Stunden um rund zehn Stunden pro Woche höher als bei Frauen mit Kindern im Haushalt mit 25 Stunden.

Zu beachten ist aber in diesem Zusammenhang, daß jede zweite Frau in Westdeutschland mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt nicht erwerbstätig und nur jede achte Vollzeit erwerbstätig ist. In Ostdeutschland ist dagegen nur jede dritte Frau mit Kindern nicht erwerbstätig, aber jede zweite arbeitet Vollzeit.

Worin liegen nun die Ursachen für so erhebliche Unterschiede in den Arbeitszeitmustern und Arbeitszeitpräferenzen ostdeutscher und westdeutscher Mütter? Ein nicht zu unterschätzendes Kriterium ist das im Vergleich zu westdeutschen Haushalten geringere Einkommensniveau ostdeutscher Haushalte. In Ostdeutschland sind Frauen in Paarhaushalten und erst recht Alleinerziehende eher auf ein „volles“ Einkommen angewiesen. Obwohl alleinerziehende Frauen in Ostdeutschland im Durchschnitt sieben Stunden pro Woche länger arbeiten als in Westdeutschland, liegt das bedarfsgewichtete Durchschnittseinkommen ostdeutscher Alleinerziehendenhaushalte um rund 270 DM unter dem der westdeutschen.

In den Arbeitszeitvorstellungen spiegelt sich aber auch ein in beiden Landesteilen unterschiedliches Verständnis von der Rolle der Frau in Beruf und Familie wider. Ostdeutsche stehen der Berufstätigkeit von Frauen und insbesondere von Müttern positiver gegenüber als Westdeutsche. Zu DDR-Zeiten war die Berufstätigkeit von Müttern die Regel und normatives Leitbild. Außerfamiliäre Kinderbetreuungseinrichtungen und weitere Entlastungsangebote stützten die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf. Neuere Untersuchungen belegen, daß die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Müttern in der ostdeutschen Bevölkerung auch heute noch anhaltend hoch ist (vgl. ISI Nr. 13/Januar 1995, S.6-9). Ungebrochen ist auch die hohe Erwerbsneigung sowie die Orientierung auf eine lebenslange Vollzeitbeschäftigung ostdeutscher Frauen, die an der Vorstellung festhalten, auch in Kinderbetreuungsphasen Vollzeit zu arbeiten.

Demgegenüber präferieren westdeutsche Frauen in Kinderbetreuungsphasen mehrheitlich Teilzeitarbeit. Die Etablierung der Teilzeitarbeit in Westdeutschland als typische Erwerbsform von Müttern hat neben spezifischen Arbeitsmarktbedingungen noch andere Ursachen. Hier entspricht die Entkoppelung von Kinderbetreuungsphase und Berufsphase der Norm und wird sozialpolitisch begünstigt. Mit der steigenden Erwerbsorientierung auch der westdeutschen Frauen wächst aber der Anteil der Mütter, die ihre Erwerbsarbeit nicht längerfristig unterbrechen wollen. Vor dem Hintergrund defizitärer außerfamiliärer Kinderbetreuungsmöglichkeiten betrachten sie Teilzeitarbeit als Möglichkeit, Beruf und Kinderbetreuung miteinander in Einklang bringen zu können. Dabei werden die mit Teilzeitbeschäftigungen derzeit verbundenen Benachteiligungen (zum Beispiel verminderte Karrierechancen) und Risiken der sozialen Sicherung notwendigerweise in Kauf genommen.

Mit der skizzierten Entwicklung sind seit der Wiedervereinigung auch Frauen in Ostdeutschland konfrontiert. Dennoch gibt es bislang keine Anzeichen dafür, daß sie sich mit dem westlichen Familien- und Erwerbsmodell arrangieren. Die Reduzierung der Arbeitszeit in Kinderbetreuungsphasen auf den Umfang einer Teilzeitarbeitsstelle oder gar die Aufgabe der Berufstätigkeit stellt für sie derzeit keine Alternative dar. Es ist schwer zu ermitteln, welches Gewicht den dafür ge-

Diskrepanzen zwischen faktischen und präferierten Arbeitszeiten

	Gesamt		Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Arbeitszeit > Arbeitszeitpräferenz ¹	48	57	51	59	45	55
Arbeitszeit = Arbeitszeitpräferenz ²	43	34	41	33	46	36
Arbeitszeit < Arbeitszeitpräferenz ³	9	8	9	7	8	10

Angabe in Spaltenprozenten

¹ Faktische Arbeitszeit mindestens 3 Stunden höher als die präferierte Arbeitszeit

² ± 3 Stunden entspricht die faktische der präferierten Arbeitszeit

³ Faktische Arbeitszeit mindestens 3 Stunden geringer als die präferierte Arbeitszeit

Datenbasis: SOEP 1993

nannten Ursachen, dem ökonomischen Druck einerseits und dem Rollenverständnis andererseits, dabei zukommt. Möglicherweise könnte mit steigendem Einkommensniveau der ostdeutschen Haushalte auch das Interesse an Teilzeitarbeit steigen. Zumindest ist abzusehen, daß den derzeitigen Lebensentwürfen und Arbeitszeitvorstellungen ostdeutscher Frauen auf längere Sicht mangelnde Realisierungsmöglichkeiten gegenüberstehen werden.

Ein nicht ausgeschöpftes Potential für Arbeitszeitverkürzungen

Die Hälfte der Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland wünschen sich unter Berücksichtigung entsprechender Einkommenseinbußen eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um mindestens drei Stunden - damit besteht ein beträchtliches Potential für Arbeitszeitverkürzungen. Ein Bedarf besteht besonders an „kürzeren“ Vollzeitarbeitsverhältnissen und an Teilzeitarbeitsplätzen, die den Umfang einer Vollzeitarbeit nur geringfügig unterschreitet (im Bereich von 30 bis 34 Stunden wöchentlich). Ein geeignetes Instrument, um diesen Arbeitnehmerinteressen gerechter zu werden, sind generelle Arbeitszeitverkürzungen. Generelle Arbeitszeitverkürzungen könnten dazu beitragen, die bestehende Kluft zwischen privilegierten Vollzeitarbeitsplätzen einerseits und benachteiligten Teilzeitarbeitsplätzen andererseits zu verringern. Trotz einer deutlichen Expansion der Teilzeitarbeit in den letzten Jahren sind sozialstaatliche Sicherungssysteme und Privilegien nach wie vor vornehmlich auf die Normalarbeitszeit, also auf kontinuierliche Vollzeiterwerbstätigkeit, ausgerichtet. Bei Teilzeitarbeitsverhältnissen handelt es sich dagegen häufig um „reduzierte“ Erwerbsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes: um (zeitlich reduzierte) Erwerbsarbeit mit reduziertem Entgelt, reduzierten Chancen und reduzierter bis fehlender sozialer Absicherung. Dies gilt in besonderem Maße für Teilzeitarbeitsplätze im Bereich unter 19 Stunden pro Woche. Um diesem Mißstand entgegenzuwirken, sind umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarktintegration, Arbeitsmarktgestaltung und soziale Sicherung notwendig. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Teilzeitarbeit und ein breiteres Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung würde dazu beitragen, das Problem der (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entschärfen. Gefor-

dert sind arbeitsmarktpolitische und familienpolitische Akteure. Die Familienpolitik der Bundesrepublik trägt der steigenden Erwerbsorientierung der Frauen im Westen und der ungebrochen hohen Erwerbsorientierung der Frauen im Osten derzeit nur in unzureichender Weise Rechnung: familienpolitisch vorgesehen und forciert wird die Erwerbsunterbrechung der Mutter nach der Geburt eines Kindes, keineswegs aber Möglichkeiten zur Fortführung der Erwerbstätigkeit, z.B. in zeitlich reduzierter Form. Möglichkeiten, nach der Geburt eines Kindes die Arbeitszeit zu variieren, sollten neben der Freistellungsmöglichkeit für Mütter und Väter realisierbar sein. Eine starre Orientierung an der „Normalarbeitszeit“ schränkt die Realisierungsmöglichkeiten der „doppelten Lebensentwürfe“ (Beruf und Familie) von Frauen unter den derzeit geltenden familienpolitischen Prämissen erheblich ein. Eine größere Variationsbreite in der Arbeitszeitgestaltung könnte

dagegen dem „entweder Familie oder Beruf“ entgegenwirken und insbesondere Frauen vor dem Dilemma bewahren, zwischen einer erwerbsorientierten und einer familienorientierten Lebensweise wählen zu müssen. Neben der (nicht nur rein formalen) Öffnung familienpolitischer Maßnahmen für Männer sollte nach Wegen gesucht werden, die es auch Männern ermöglicht, sich neben der Erwerbsarbeit stärker im Bereich der Kindererziehung zu engagieren. Auch hier ist die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen bzw. Vollzeitarbeitsplätzen mit reduzierter Stundenzahl, die in sozial gesicherter Form auch in qualifizierten Tätigkeitsbereichen eingerichtet werden, von großer Bedeutung.

*Karin Schulze-Buschhoff,
Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung
(Tel.: 030-25491-534)*

Existenzsicherung und Lebensverhältnisse in den osteuropäischen Ländern

Sitzung der Sektion Sozialindikatoren im Rahmen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle

Der Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hatte „Gesellschaften im Umbruch“ zum Thema und so standen auch in der Sitzung der Sektion Sozialindikatoren osteuropäische Länder, die sich zur Zeit in vielerlei Hinsicht im Umbruch befinden, im Mittelpunkt. Der Wandel der Lebensverhältnisse in Osteuropa und Möglichkeiten der Existenzsicherung in eben diesen Ländern wurden von Referenten aus Deutschland, aber auch aus den betroffenen Ländern wie Bulgarien, der Slowakei, Polen und Ungarn beleuchtet. Die Sitzung (am Freitag, den 7. April 1995) wurde von Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt/Main) vorbereitet und geleitet.

Zu Beginn stellte Wolfgang Seifert vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung subjektive Bewertungen der Lebensverhältnisse in Osteuropa und Ostdeutschland einander gegenüber. Es zeig-

te sich, daß es erhebliche Differenzen nicht nur im Ablauf sondern auch in der Wahrnehmung des Transformationsprozesses sowohl zwischen den osteuropäischen Ländern selbst als auch im Vergleich zu Ostdeutschland gab. So ist fällt die Bewertung des marktwirtschaftlichen Systems in Ostdeutschland deutlich günstiger aus als in den anderen Ländern. Auch wird in Ostdeutschland insgesamt trotz aller Schwierigkeiten eine Verbesserung der materiellen Situation wahrgenommen, eine Einschätzung, die die meisten Osteuropäer nicht mit den Ostdeutschen teilen können. Insofern muß die Lage in Ostdeutschland als eine Sonderform der Transformation im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern behandelt werden.

Einen weiteren Vergleich zwischen Ostdeutschland und einem anderen osteuropäischen Land, nämlich Ungarn, stellte